

Die Politik der herrschenden Kräfte der westdeutschen Großbourgeoisie... erhöht ständig die Risiken des Krieges. Wer dieses gefährliche Spiel mitmacht, macht sich schuldig am deutschen Volk. Er macht sich mitschuldig an der Versteinerung und Vertiefung der Spaltung Deutschlands.

Wir meinen: Es wäre tragisch für die Deutschen und für Deutschland, wenn die verfehlte Politik der CDU/CSU nochmals fünf oder zehn oder mehr Jahre fortgesetzt würde. Deshalb sind wir für eine Verständigung aller Gegner des deutschen Militarismus, der Atomrüstungspolitik und des Neonazismus.

(Offener Brief an die Delegierten des Dortmunder Parteitag der SPD und an alle Mitglieder und Freunde der Sozialdemokratie in Westdeutschland)

Tatsachen bestätigen:

Deutschlandpolitik der CDU/CSU heißt Spaltung und Kurs auf den Krieg

Monopole retten sich einen Teil Deutschlands durch Spaltung

Furcht vor demokratischem Gesamtdeutschland
„Ich beantrage ein Plan, der vorsieht, daß sich alle Besatzungskräfte auf die deutschen Randgebiete zurückziehen hätten, damit das deutsche Volk allein eine gesamtdeutsche Regierung bilden könne. Das hätte das Ende unserer Bemühungen um eine westdeutsche Regierung bedeutet. Nichts war in dem Plan über das Verhältnis Westdeutschlands... zu Westeuropa vorgesehen.“
(General Clay, „Entscheidung in Deutschland“)
„Offizielle Persönlichkeiten in Washington glauben, daß die Fortsetzung des gegenwärtigen Vierparteiensystems den Kommunismus in ganz Deutschland zur Folge haben werde. Es sei vorzuziehen, einen Teil Deutschlands für die Westmächte zu reorganisieren.“
Darum werden Studien gemacht hinsichtlich der Errichtung einer separaten Regierung für Westdeutschland.“
(„Newsweek“, 24. Juli 1947)

Adenauer schlägt schon 1945 Separatstaat vor
„Das beste wäre, sofort aus den drei westlichen Zonen einen Bundesstaat zu bilden und ihre Wirtschaft mit der Frankreichs und Belgiens so eng wie möglich zu verflechten.“
(Adenauer am 3. 10. 1945 in einem Interview mit AP)
„Unter deutschen Industriellen und Finanziers in der britischen Besatzungszone herrscht eine starke Stimmung für sofortige Vereinigung mit dem britischen Empire. Sie sagen, daß sie den Status eines Protektorats vorziehen, weil er ihnen Schutz bietet vor der Gefahr des Kommunismus in ihren Gruben und Fabriken...“
(„Chicago Tribune“, Anfang 1946)

Pariser Verträge vertiefen Spaltung
„Was die Spaltung Deutschlands zu vertiefen und zu verhärtet droht, ist doch... die Einbeziehung eines Teils von Deutschland in eine Militäralianz, nämlich in die NATO.“
Erich Ollenhauer namens der SPD-Bundestagsfraktion vor dem Bonner Bundestag im Dezember 1944)
„... Deshalb haben wir seit dem Jahre 1950 eine Politik getrieben, die Deutschland zu einem Teil der NATO machen sollte; es geht heute nicht um irgendeine Friedensinitiative, sondern es ging in all den Jahren darum, eine systematische Gegenpolitik gegen die Ziele des Sowjetkommunismus zu machen.“
(Franz-Josef Strauß im September 1961 im westdeutschen Fernsehen)

Verständigung und normale Beziehungen ständig durchkreuzt

Steine und Morddrohungen gegen sachliche Argumente
Aus einem Bericht des sozialdemokratischen „Vorwärts“ über die Veranstaltung des westdeutschen Liberalen Studentenbundes (LSD) mit Volkskammerpräsident Dr. Dieckmann am 13. Januar 1961 in Marburg:
„Nicht eindringlich genug freilich kann auch darauf gewarnt werden, die gesamtdeutsche Auseinandersetzung von Rowdys und politischen Halbstarben führen zu lassen, wie dies bei der Gegen demonstration in Marburg der Fall war. Wer Fahnen

verhrent – und seien sie ihm noch so unlieb –, darf sich nicht wundern, wenn ihm der Gegner Terror nach SA-Manier unterstellt. Wer mit Steinen wirft und in einem Atemzuge zum Lynchmord und zugleich zu „Einigkeit und Recht und Freiheit“ aufrief, verwirkt das Recht, die in der Nationalhymne geforderten Grundwerte des deutschen Volkes für sich in Anspruch zu nehmen.“
Bundestagspräsident und stellvertretender CDU-Vorsitzender Gerstenmaier hatte noch am Vormittag des gleichen Tages auf einer Pressekonferenz in Bonn verlangt, daß das „Auftreten Dieckmanns mit allen Mitteln verhindert werden müsse“.

Pogromhete und Schikane
Am 30. Dezember 1963, kurz nach der Ernennung des CDU-Ministers Lemmer zum „Sonderbeauftragten“ für Westberlin, betzte Springers „Bildzeitung“ gegen das Auftreten von Künstlern aus der DDR:
„Die Kongreßhalle – Amerikas Geschenk an das freie Berlin – ist in Gefahr! Immer mehr erbitterte Westberliner kündigen Demonstrationen gegen die bevorstehende „Rote Silvesterfeier“ in der Kongreßhalle an. Schon heute um 16.30 Uhr, zur Generalprobe der kommunistischen Veranstaltung, wird mit den ersten Zwischenfällen gerechnet.“
Der FDP-Vorsitzende Dr. Erich Mende mußte vor wenigen Tagen eingestehen, daß Bonn mit der schikaniösen Behandlung von DDR-Delegationen in Westdeutschland den kalten Krieg führt.

Verwandtenbesuche nur gegen den Willen Bonns
Wie alle bisherigen Passierscheinabkommen in Berlin kam auch das jüngste nur gegen den Widerstand der Bonner Regierung zustande:
„Jene politischen Kräfte, die gegen den Rat des (West-) Berliner Senats nach dem 16. August die vorläufige Ablehnung des östlichen Vorschlags durchsetzen, haben bestenfalls einen formalen und theoretischen Vorteil erzielt. Sie haben dafür aber auf Kosten des persönlichen Leides einen sehr realen Verzicht geleistet, um ein Resultat der Passierscheinverhandlungen vor der Bundestagswahl zu verhindern.“
(„Westdeutsche Allgemeine“)

Verständigungsfreudig wie sie eh und je
Bundeskansler Erhard in seiner Regierungserklärung vom 10. November 1966: „Wir werden

Eine Anpassung an die Deutschlandpolitik der CDU/CSU... wäre eine Anpassung an eine gescheiterte Deutschlandpolitik, deren völlige Untauglichkeit in den vergangenen zwei Jahrzehnten hinlänglich bewiesen wurde. Das wäre zugleich der Verzicht auf eine eigenständige sozialdemokratische Konzeption der Lösung der deutschen Probleme. Das ist kein Weg zur Überwindung der Spaltung Deutschlands...

Wir sind der Überzeugung, auch die Mehrheit der Westdeutschen wünscht, daß alles getan werde, damit kein neuer Krieg von deutschem Böden ausgehe, daß die Kluft zwischen den beiden deutschen Staaten nicht vertieft, sondern der Weg ihrer Annäherung beschritten werde.

nachhaltig darauf hinwirken, daß kein System von Abrüstungs-, Entspannungs- oder Sicherheitsmaßnahmen auf der Konzeption eines geteilten Deutschlands errichtet wird.“ Bonn werde an seinem „Alleinvertretungsrecht“ festhalten.

CDU/CSU fürchtet das Gespräch
„Die Vorsicht, die Zurückhaltung und die Sorge vor dem Losbrechen einer gesamtdeutschen Lawine, die schon im zurückliegenden Bundestagswahlkampf vor der Erwähnung des gesamtdeutschen Themas allgemein zurückschrecken ließ, ist auch jetzt spürbar“, schreibt die dem Bonner Bundeskanzleramt nahestehende „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ am 7. April in einem Beitrag, in dem erläutert wird, warum die CDU/CSU sich in dem begonnenen Dialog zwischen SED und SPD einmischt und ihn verhindern will.

Ihr Ziel: „Roll back“ bis zur Oder und weiter

Nicht Wiedervereinigung – Annexion!
„Was östlich von Elbe und Weera liegt, sind Deutschlands unerlöste Provinzen. Deshalb heißt die Aufgabe nicht Wiedervereinigung, sondern Befreiung. Das Wort Wiedervereinigung sollte endlich verschwinden. Befreiung sei die Parole.“
(Adenauer im Juli 1952)
„Wir sind auf dem Wege, die Sowjetzone zurückzuholen, wenn die westliche Welt eine entsprechende Stärke erreicht haben wird.“
(Adenauer im November 1954)

Das deutsche Volk aufs Spiel gesetzt
„Wir sind trotz der dichten Besiedlung der Bundesrepublik und trotz ihrer exponierten militärgeographischen Lage bereit, die Belastungen auf uns zu nehmen und die dabei sich ergebenden Risiken vor unserem eigenen Volk zu vertreten.“
(Franz-Josef Strauß auf der NATO-Ratstagung 1960 im Zusammenhang mit der westdeutschen Atomausrüstung)
Am 25. April 1961 proklamiert Strauß in Santa Rosa, Kalifornien: „Der zweite Weltkrieg ist noch nicht zu Ende.“ Man stehe vor einer „Explosion in der Zone“ und vor „der neuen Ordnung Europas“. Strauß schließt den Rüstungspakt MC 96 ab, kauft „Atomwaffen in Reinkultur“ und läßt in der Zeitschrift „Wehrkunde“ erklären: „Heute schon bestehen die technischen Voraussetzungen für den Einsatz eines strategischen nuklearen Potentials seitens der deutschen Streitkräfte.“

Mit allen Mitteln Kurs auf die Aggression
„... Wir müssen in jedem Fall alle Mittel des Krieges, des Nervenkrieges und des Schießkrieges, anzuwenden. Dazu gehören nicht nur herkömmliche Streitkräfte und Rüstungen, sondern auch die Unterwerfung, das Anheizen des inneren Widerstandes, die Arbeit im Untergrund, die Zersetzung der Ordnung, der Sabotage, die Störung von Verkehr und Wirtschaft, der Ungehorsam und Aufruhr.“
(Robert Ingrim vom dem 13. 8. 1961 in der „Bonner Rundschau“)

Schiffbruch und „verfeinerte“, aber ebenso untaugliche Pläne

„Alle Hoffnungen, das SED-Regime wird sich mit Druck von innen oder außen oder beiderseitigem lösen, haben zerfallen.“
(Peter Bender in seinem Buch „Offensive Entspannung“)
„Jahrelang haben wir auf die Isolierung des Kommunismus in Mitteldeutschland hingearbeitet. Das ist fehlgeschlagen. Wir können es einfach nicht mehr.“
(Vizekanzler Erich Mende vor dem Düsseldorf-Rhein-Ruhr-Klub)
„Was wir brauchen, ist eine vernünftige Politik des Interims... sie muß den Status quo auflockern, da er schon nicht mehr in frontalem Ansturm zu überwinden ist. Solch eine Interimpolitik bedarf der Gelassenheit, der Geduld und der Phantasie. Sie muß darauf zielen, durch stärkere Bindungen und Verbindungen zwischen Westdeutschland und Ostdeutschland diesen Wandel zu schaffen – durch Kontakte, Zeitungsaustausch, Kredite, Passierscheine, Reisen. Sie darf nicht auf das Mögliche verzichten, weil sie etwa nur das Unmögliche anzustreben vermag.“
(Theo Sommer in „Die Zeit“, Hamburg, Juni 1964)

Doch jede Konzeption der Deutschlandpolitik wird zum Schiffbruch verurteilt sein, die nicht die Sicherung des Friedens zum Ziel hat und die nicht „zur Kenntnis nehmen will, daß zwei deutsche Staaten existieren, die sich miteinander verständigen müssen“. Deshalb heißt es in der Antwort des Zentralkomitees der SED auf die „Offene Antwort“ des Parteivorstandes der SPD:

Es ist nicht zu übersehen, daß die politischen Gegner jeder Annäherung und Verständigung in Deutschland mit großen Unbehagen das durch den Offenen Brief des ZK der SED begonnene Gespräch mit der westdeutschen Sozialdemokratie verfolgen. Die Befürchtungen dieser Kräfte brachte der „Rheinische Merkur“ am 23. 2. 1966 zum Ausdruck, als er schrieb, daß die Voraussetzungen für das Gespräch mit der SPD nicht ungünstig und „der Zeitpunkt von den Kommunisten raffiniert gewählt“ sei, „denn natürlich wird man in der Westphalenhalle (auf dem Parteitag der SPD) manches kritische Wort über die Politik der sozialdemokratischen Führung zu hören bekommen, über die Ursachen des sozialdemokratischen Wahlniederfaltes vom 19. September, und der Ruf nach einer Alternative links von dem bisherigen Kurs wird wieder lauter erklingen“.

Genau vier Wochen später, am 23. März 1966, konnte man in denselben Zeitung folgende beschwärende Zeilen lesen: „Gegenüber der gärenden Unruhe in manchen Kreisen, die über die von SPD-Vorstand gesetzten Grenzen hinausdrängen, muß die Partespitze in der alleinigen Verantwortung für die Deutschlandpolitik bleiben.“
Diese Äußerungen sind symptomatisch für die Haltung der durch die CDU/CSU repräsentierten Kräfte, die wohl begreifen, daß sich die Deutschlandpolitik der Bundesregierung in der Sackgasse befindet und daß ein echtes, auf Verständigungsbereitschaft basierendes Gespräch zwischen SED und SPD zu einer Alternative gegenüber der Atomrüstungs- und Revanchepolitik der Erhard-Regierung führen könnte.
Womit muß man das offene Gespräch beginnen? Soll man mit „menschlichen Erleichterungen“ beginnen, oder ist es notwendig, das Gespräch auf jene Fragen zu konzentrieren, die für die Annäherung und Verständigung der beiden deutschen Staaten, für die Vorbereitung eines deutschen Friedensvertrages und die Gestaltung eines einzigen Deutschlands entscheidend sind? Diese Frage läßt sich nur richtig beantworten, wenn man von den Erscheinungen zu den Ursachen der gegenwärtigen Lage in Deutschland vordringt. „Das Annullationsprogramm der Bundesregierung, ihr Vernichtungswille gegen unseren Staat, war zuerst da, die ‚Mauer‘ kam erst viel später. Die Politik der Bundesregierung blockiert die Wiedervereinigung und ist auch die Ursache für Erschwerisse im Reiseverkehr.“ Diese Ursachen liegen tief; sie sind im Wesen des westdeutschen Imperialismus und Militarismus begründet und erlangten mit seiner Restauration nach 1945 erneut Bedeutung. Möglich wurde diese Entwicklung, weil es 1945 nicht gelang, in ganz Deutschland die Lehren aus der Geschichte unseres Volkes und aus den Erfahrungen der deutschen Arbeiterbewegung im Kampf gegen Imperialismus und Krieg zu ziehen und eine echte demokratische Erneuerung in allen Teilen Deutschlands anzubahnen.

Die Ursachen dafür liegen in der Spaltspolitik der Westmächte und der westdeutschen Imperialisten begründet. In den Jahren von 1945 bis 1949 rühten die Westmächte von ihrem im Potsdamer Abkommen völkerrechtlich fixierten Verpflichtungen gegenüber Deutschland ab und bereiteten in Eiltempo die Bildung eines westdeutschen Separatstaates vor. Sie zerbrachen die Viermächteverwaltung für Deutschland, schlossen ihre Besatzungszonen schrittweise zusammen und führten im August 1948 die separate Währungsreform durch, durch die die wirtschaftliche Spaltung des Landes vollzogen.

Ihr Besatzungsstatut gehörte neben dem Grundgesetz zu den Geburtsurkunden eines Staates, den die USA als ihr wichtigstes Faustlosgeld für ihre im Ergebnis des zweiten Weltkrieges in Europa erlangene Position ansahen. Damit zog sie die Spaltung der demokratischen Entwicklung in einem einheitlichen Deutschland vor.
Wie sah die Spalter die „läunlige Wiedervereinigung“ Deutschlands vorstellten, plauderte der damalige USA-Außenminister Dulles bereits 1950 aus, als er in seinem Buch „Krieg oder Frieden“ schrieb: „Ein wiedergestelltes Deutschland kann auch für den Westen ein großer Gewinn sein, indem es Ostdeutschland auf seine Seite zieht, kann der Westen in Mitteleuropa eine vorgedehobene strategische Position gewinnen, die die sowjetischen kommunistischen, militärischen und politischen Positionen in Polen, der Tschechoslowakei, in Ungarn und anderen benachbarten Ländern untergraben wird. So hat ein wiederbelebtes nationalsozialistisches Deutschland vieles, was es dem Westen zu einem bestimmten Preis anbieten kann.“

In dieser Rolle eines Sturmbocks gegen die Sowjetunion, die DDR und die anderen sozialistischen Staaten wurde die Aufrüstung Westdeutschlands und seine Einbeziehung in die NATO betrieben.
In den ersten Jahren nach der Spaltung Deutschlands schlug die Regierung der DDR mehrfach gemeinsam mit der Sowjetregierung vor, die beiden deutschen Staaten schrittweise über den Abschluß eines Friedensvertrages und die Durchführung gesamtdeutscher freier Wahlen wiederzueinigen. Aber die Spalter wollten nicht die Wiedervereinigung, nicht eine echte Demokratisierung des öffentlichen Lebens, der Wirtschaft, Kultur und Volksbildung. Sie wollten ihre alte Macht wiederherstellen, um dann, gestützt auf die NATO und die atomare Aufrüstung, schrittweise nach dem von Dulles genannten Modell des imperialistischen Deutschland in den Grenzen von 1937 wiederherzustellen.
Demgegenüber taten die SED und die Regierung der DDR alles, um die Versteinerung der Spaltung unseres Landes aufzuhalten. Solche Nachweise finden sich im Kampf gegen die Einbeziehung Westdeutschlands zunächst in die EWG und dann in die NATO, gegen die Atomaufrüstung Westdeutschlands, gegen den verschärften Wirtschaftskrieg und die Vorbereitung des geplanten militärischen Überfalls auf die DDR im Herbst 1961.

Die Bonner Regierung nutzte die Möglichkeiten der offenen Grenze und den Verständigungswillen unseres Staates aus, um systematisch den Boden für die Aggression gegen die DDR zu bereiten. Im Sommer 1961 waren dadurch Frieden und Sicherheit in Deutschland und Europa aufs äußerste bedroht. Unter diesen Bedingungen mußten am 13. August solche Maßnahmen durchgeführt werden, die sowohl die Sicherheit der DDR gewährleisten als auch die militanten Kräfte des westdeutschen Imperialismus in die Schranken wies. Die Sicherungsmaßnahmen der DDR vertiefen somit nicht den Graben zwischen beiden deutschen Staaten, sondern schufen neue Voraussetzungen, um zu einer Annäherung und Verständigung zwischen ihnen zu gelangen.
Diejenigen Kräfte, die in den vergangenen zwei Jahrzehnten die Spaltung Deutschlands herbeiführten und vertiefen und damit letztlich auch zwischen den beiden Teilen Deutschlands die Störung menschlicher Kontakte und familiärer Beziehungen verschulden, wollen heute unseren Verständigungswillen an der Bereitschaft messen, sogenannte „menschliche Erleichterungen“ zu schaffen. Wie sie vielfach bewiesen haben, geht es ihnen gar nicht um solche Erleichterungen, sondern um den Abbau unserer Sicherungsmaßnahmen. Die wichtigste Erleichterung für alle Menschen in Deutschland würde darin bestehen, die von der Bonner Regierung betriebene Kriegspolitik durch eine solche des Friedens zu ersetzen. Das ist auch der einzig mögliche Weg, auf dem die Spaltung Deutschlands schrittweise überwunden werden kann.